

SPD und Freie Wähler

Fraktion im Rheinauer Gemeinderat
Vorsitzender Siegfried Koch



Es gilt das gesprochene Wort!

Stellungnahme der Fraktion zum Haushalt 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Welsche, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Haushaltsplan und noch mehr die mittelfristige Finanzplanung spiegeln die aktuelle Situation und die Perspektiven der Stadt wider. Dabei will ich nicht verhehlen, dass gesellschaftliche Forderungen der öffentlichen Beratung eines sogenannten *Bürgerhaushaltes* leider an der Komplexität der Zusammenhänge und des Umfangs der Informationen scheitert. Herr Beck, Sie haben uns insgesamt 527 eng beschriebene DIN A 4-Seiten zur Verfügung gestellt.

Für die frühe Vorstellung des Haushaltes und die präzisen Erläuterungen danken wir der Verwaltung, Ihnen Herr Bürgermeister Welsche, allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung und ganz besonders Ihnen Herr Beck ganz herzlich.

Vom legendären amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy stammt der Satz:

**Frage nicht, was die Gemeinschaft noch für Dich tun könnte,
frage immer, was Du noch für die Gemeinschaft tun kannst!**

Angesichts der Zahlen des Haushaltes der Stadt Rheinau und der mittelfristigen Perspektive, drängt sich dieses Zitat geradezu auf.

Die Bedienermentalität hat endgültig ausgedient, die Beratungen im Gemeinderat werden mangels der fehlenden Mittel in Zukunft eigentlich einfacher.

Nicht einfacher wird es für die Kommunalpolitiker, dies den Bürgern zu erklären. Hier liegt die große Aufgabe der nahen Zukunft, den Menschen die Zusammenhänge und die Möglichkeiten weiter zu erklären. Das geht nur mit Transparenz. Diese Erkenntnis war der Grund, warum ich eingangs vom *Bürgerhaushalt* gesprochen habe.

Zu einigen Positionen und aktuellen Themen möchte ich nachstehend eingehen:

Infra-Struktur in Rheinau

Die Infra-Struktur in Rheinau gleicht angesichts der Flächenausdehnung und der vielen Ortsteile der einen großen Kreisstadt. Diese Einrichtungen, die vielen Straßenkilometer und die zahlreichen Gebäude müssen unterhalten und gepflegt werden. Es sind die berühmten Folgekosten, die uns schmerzen, weniger die Investitionen selbst. Mit der Abschaffung der kameralistischen Haushaltsführung müssen in den Verwaltungshaushalten künftig zusätzlich auch noch die Abschreibungen dargestellt werden. Dies ist wohl auch der Grund, warum einige Kommunen in Mittelbaden sich bereits systematisch von Gebäuden, die für den Dienstleistungsbetrieb Kommune nicht zwingend erforderlich sind, trennen. In Rheinau haben wir bereits vor Jahren schon einmal einen wichtigen Schritt gemacht und viele Immobilien an unsere Tochter „Städtische Wohnbau-gesellschaft“ ausgelagert.

Dennoch gilt für uns der absolute Grundsatz:

Unterhaltung, Optimierung und Modernisierung - ja
Neue Projekte und Maßnahmen - nein

Finanzen

Herr Bürgermeister Welsche, Sie haben stolz verkündet, dass der Verwaltungshaushalt wieder eine positive Zuführungsrate von **244.600 EUR** erwirtschaftet. Dies ist richtig und wichtig. Neben den Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf unseren Haushalt wirken sich auch bereits die moderaten Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer aus. Das Ergebnis von 244.600 EUR ist allerdings kein Grund zum jubeln!

Positiv ist weniger das Ergebnis! Positiv ist: Es kam nicht ganz so schlimm, wie es vor Monaten noch ausgesehen hatte – gut ist es damit lange nicht!!!

Eine Infra-Struktur, wie die Stadt Rheinau sie unterhält und die Herausforderungen der Zukunft brauchen im Durchschnitt einen Wert so um die 2 Mio. als Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt – ob zunächst in Form von Rücklagen oder in Zukunft in Form von Abschreibungen im neuen Haushaltsrecht.

Der Haushalt 2011 kommt ohne Kreditaufnahme aus. Das ist richtig.

Richtig ist aber leider auch, dass wir zur Deckung aller Aufwände aus der Rücklage

a) **3.052.500 EUR** entnehmen und

b) **1.225.000 EUR** die Rückzahlung des Trägerdarlehens durch den Eigenbetrieb

„Abwasserversorgung“ brauchen, was einen weiteren Substanzverbrauch darstellt. Wir haben also noch nicht alle unserer Hausaufgaben gemacht!

Unser Verwaltungshaushalt hat – wie übrigens fast alle Kommunen – ein *strukturelles* Problem: **Wir stehen vor laufend steigenden Ausgaben für neue Aufgaben und wir haben deutlich langsamer steigende Einnahmen.**

Angesichts der Tatsache, dass mit diesem Haushalt die Rücklagen der Stadt nun auf ca. 1.700 EUR Ende des Jahres zurückgehen werden, haben wir gar keine andere Wahl, als in der Haushaltsstruktur-Kommission nun zu weiteren kassenwirksamen Beschlüssen zu kommen.

Wir müssen - mit der nötigen Gelassenheit aber auch mit einem großen Maß an Entschlossenheit - die Strukturen ändern, um unserer Stadt die Handlungsfähigkeit für die Zukunft zu erhalten.

Übrigens: Die Finanzmarktkrise ist nach meiner persönlichen Einschätzung für die öffentlichen Haushalte längst nicht ausgestanden, wenn wir an Irland, Griechenland, Spanien und Portugal denken. Was wir damit zu tun haben? Wenn unsere Bundesregierung dem Wunsch nach der Einführung von EURO-Bonds in den letzten Tagen zugestimmt hätte, dann hätten sich über Nacht die Kosten der Refinanzierung des Bundes für die neuen Schulden um ca. 25 % verteuert – diese Mehrkosten im Bund hätten auch wir im Rheinauer Haushalt früher oder später gespürt.

Wir haben zwei großen Stellschrauben, die wir teilweise beeinflussen können:

Die **Ausgaben**, die wir angesichts gesetzlicher Pflichten – ich erinnere an die Personalkosten im Kindergartenbereich - nur bedingt verändern können.

Die **Einnahmen** müssen optimiert werden,

z.B. durch eine höhere Kiespacht,

z.B. auch durch moderate Anpassung von Steuern, wie dies mit der Hundesteuer gerade geschieht,

z.B. durch eine Prüfung der Preise für die Nutzung der städt. Infra-Struktur

z.B. durch die Prüfung der Elternbeiträge für den Besuch der Kindergärten, wobei diese Stellschraube für unsere Fraktion als letzte oder möglichst gar nicht gedreht werden sollte, denn sie trafe empfindlich unsere junge Familien.

In diesem Bereich vom Verursacherprinzip zu reden,

hieße Abschied nehmen von einer solidarischen Gesellschaft.

Vergnügungssteuerpflichtig sind diese Maßnahmen alle nicht,

aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind zum Erfolg verdammt!

Und schließlich noch ein Wort zum **Paradebeispiel der Nachhaltigkeit**, dem **ZUKUNFTSFONDS RHEINAU**, in dem wir für unsere künftigen Generationen 1.5 MIO EUR ansammeln konnten. Heute macht es - auch im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes - keinen Sinn, am Kapitalmarkt Geld aufzunehmen, um es dann auf die hohe Kante zu legen. Deshalb ist in diesem Haushalt jetzt zum 2. Mal in Folge keine Zuführung weiterer Mittel vorgesehen. Allerdings stehen wir in unserer Fraktion uneingeschränkt hinter diesem Gedanken. Wir werden dafür arbeiten, dass künftige Haushalte wieder genügend Überschüsse erarbeiten, um diesen Zukunftsfonds für die künftigen Generationen weiter auszubauen!

Verkehr – Straßen – Wege - Brücken

Die große Maßnahme in der **Freistetter Rheinstraße** kann weitergeführt werden. Dazu sieht dieser Haushalt 370.000 EUR vor.

Erfreulich ist, dass uns die Vergabebedingungen für die Fördermittel den Ausbau der **Freistetter Hauptstraße** für unsere Entscheidung noch etwas Luft verschaffen.

Das große **Straßennetz** erfordert laufend sehr viel Aufwand. Wir haben in unserem Haushalt mittelfristig einen Betrag von 100.000 EUR für Reparaturen eingestellt. Bei realistisch, kritischer Betrachtung kommen wir zu der Einschätzung, dass wir auch hier künftig mit anderen Standards werden leben müssen.

Dennoch: Dieser Wert wird auf Dauer vielleicht nicht ausreichen. Bei entsprechender guter Haushaltsentwicklung in der Zukunft muss dieser Ansatz noch einmal kritisch geprüft und gegebenenfalls erweitert werden.

Radwegekonzept

Das Radwegenetz wird kontinuierlich besser. Immer mehr Lücken können wir schließen. Auch mit diesem Haushalt planen wir – um eine größere Maßnahme zu nennen – für 300.000 EUR den Schulweg von Diersheim nach Hohbühl. Dieses Programm wollen wir mittelfristig weiterverfolgen im Interesse der Schulwegsicherheit und schließlich ist dies auch eine Investition in den Freizeitwert unserer Stadt.

Öffentliches Grün

Den größten Posten des Verwaltungshaushaltes stellen – wie könnte es in einem Dienstleistungsbetrieb anders sein – die Personalkosten dar. Dies trifft in besonderem Maße gerade auch auf unseren Bauhof zu.

Um vorzubeugen, dass hier etwas falsch verstanden wird: es geht nicht um die Arbeitsleistung der Bauhofarbeiter. Es geht aber darum, intelligent die Stellschraube „Ausgaben“ in die richtige Richtung zu drehen.

Die Haushaltsstruktur-Kommission hat hier die Frage der Standards auf die Tagesordnung gehoben. Es geht nicht, dass wir einerseits weniger Kosten, andererseits aber die gleichen Standards aufrecht erhalten wollen. In den örtlichen Gremien haben hier bereits sachliche, teilweise auch engagierte Diskussionen stattgefunden. Dies ist ein Prozess! Den Entscheidern vor Ort müssen wir hier einfach auch etwas Zeit zugestehen, die geänderten Rahmenbedingungen in Ihrem Denken zu installieren und daraus die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Andererseits brauchen wir gerade auch die Entscheider und Meinungsträger vor Ort, um den Bürger für gewisse Leistungen zu gewinnen und das ehrenamtliche Engagement weiter zu fördern. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass dies in Rheinau gelingen wird.

Für den BAUHOF fordern wir organisatorische Voraussetzungen, die die Leistungen transparent machen. Wir müssen nachvollziehen können, welche Aufwendungen bei welcher Grünanlage, bei welchem Sportplatz in welchem Umfang entstehen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die reduzierten Standards auch kassenwirksam werden und die Kosten auch dauerhaft auf einem niedrigeren Niveau bleiben.

Diese Transparenz brauchen die Entscheidungsträger auf allen Ebenen, um richtige Entscheidungen zu treffen, gerade auch zum Schutz der in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter, die nicht verantwortlich sind, für die Aufwände, die sie verursachen.

Freiwillige Leistungen – Vereine - Ehrenamt

Spielräume hat der Gemeinderat bei den **Ausgaben** insbesondere bei den **Freiwilligen Leistungen** und hier kommen auch die vielen Vereine ins Visier, die das öffentliche Leben und die Lebensqualität in Rheinau qualitativ positiv und wertvoll gestalten.

Hier ist es die Aufgabe der Verwaltung, diese Leistungen der Stadt transparent zu machen. Die Verwaltung und Gemeinderäte gemeinsam müssen

- die nicht monetären Leistungen für die Vereine und
- die Richtlinien für die geldlichen Förderungen prüfen.

Dabei müssen wir uns vom Anspruch der Gerechtigkeit leiten lassen aber gleichzeitig auch wissen, dass wir eine 100%-ige Lösung nicht erreichen werden – 80 % wären aber auch schon schön!

Verschiedene **Freiwillige Leistungen** im *kulturellen und sozialen Bereich* müssen ebenfalls deutlicher hinterfragt werden, z. B. unterstützen wir die **Sozialstation Kehl-Hanauerland**, die mit ihren Leistungen mittlerweile im freien Wettbewerb steht.

Eine der größten Posten bei den freiwilligen Leistungen – **der Betrieb unserer Hallenbäder** – wurde von den Gemeinderäten im Rahmen ihrer Klausurtagung in den Fokus gerückt. Die Verwaltung hat sich sehr viel Mühe gegeben, über die Fakten transparent zu informieren. Inzwischen liegen 7 Alternativlösungen und eine Kostenberechnung für die Reparatur des Freistetter Hallenbades vor.

Es haben sich in Freistet und in Honau inzwischen Fördervereine gegründet, mit dem Ziel das Angebot „Hallenbad“ attraktiver zu gestalten und damit in seiner Existenz zu sichern!

Dieses ehrenamtliche Engagement begrüßen wir sehr. Wir erwarten nicht, dass dieses alle unsere Probleme löst. Andererseits sollten wir diese Pflänzchen, die jetzt gerade zu wachsen beginnen, die Chance geben, sich positiv zu etablieren.

Mit diesem Haushalt stellen wir **1.040.000 EUR** zur Verfügung. Diese Investition wird auch unsere künftigen Verwaltungshaushalte mit weiteren 50.000 EUR auf viele Jahre belasten.

Die Entscheidung, das Bad zu schließen brächte uns

- eine jährliche Entlastung des Verwaltungshaushaltes
- Es würde aber auch bedeuten, städtisches Vermögen zu vernichten, ja wir müssten für den Rückbau sogar noch Geld in die Hand nehmen und einen vernünftigen Vorschlag für eine alternative Nutzung habe ich noch nicht gehört!

Politik heißt abwägen und sich zwischen mehreren Möglichkeiten zu entscheiden!

Wir sollten dies mit diesem Haushalt tun, und das nun 40-Jahre alte Hallenbad Freistett mit dieser Investition für die Zukunft erhalten

- **als Standortvorteil der STADT RHEINAU**
- **im Interesse des Schulstandortes**
- **im Interesse der Jugend** **und**
- **im Interesse unserer Senioren, die diese Einrichtung nutzen.**

Die von der Verwaltung aufgezeigten Einsparungsmöglichkeiten durch organisatorische Änderungen und Reduzierung des dort eingesetzten Personals sind allerdings unausweichlich.

Förderung des Wirtschaftsstandortes

Die Gemeinde lebt zu weiten Teilen von der Wirtschaftskraft ihrer Unternehmen, der unternehmerischen Leistung und der Wertschöpfung, der Menschen, die hier leben und arbeiten. Dafür sagen wir ein Herzliches Dankeschön!

Die Unternehmen selbst, aber auch die Stadt, müssen Entwicklungsmöglichkeiten organisieren. Deshalb sieht der Haushalt 2011 auch **400.000 EUR** vor für die Erschließung eines weiteren **Gewerbegebietes**.

Der **Bauhaushalt** der Stadt hat in 2011 wieder ein Volumen von **4.899.300 EUR** und zeigt damit den enormen, wertvollen Impuls der Stadt Rheinau für die Wirtschaft im Hanauerland und in Mittelbaden.

Die **Rheinauer Zufahrt zur Datenautobahn** liegt für uns derzeit noch im Nebel – so hatte ich es bei der letzten Haushaltsrede formuliert. Mit 890.000 EUR in 2010 und 2011 ver-

legen wir Leerrohre und schaffen Voraussetzungen, damit dann in 2012 vielleicht endlich ein Unternehmen gefunden wird, dass die Glasfaserverkabelung vornimmt und Unternehmen und Bürgern dann den Anschluss an die Neuzeit ermöglicht.

Dies ist inzwischen zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden.

Äußerst ärgerlich ist die Benachteiligung des ländlichen Raums. Wir investieren pro Einwohner nahezu 100 EUR, um hier so etwas wie Chancengleichheit herzustellen – dieser Wert entspricht über 10 % der Pro-Kopf-Verschuldung unserer Stadt.

Bedauerlich ist, dass so viele Menschen die Verhältnisse wie wir beklagen, wenn es allerdings darum geht, mit entsprechenden Anträgen, Unterschriftenlisten etc. aktiv zu werden, dann ist von diesem Unmut nicht mehr so viel zu verspüren. Hier wünschen sich die Entscheidungsträger im Gemeinderat etwas mehr Rückenwind.

Jugend / Familie / Soziales

Mit den Einrichtungen JUGENDGEMEINDERAT, JUGENDTREFFS, GANZTAGES-SCHULEN, der Institution eines hauptamtlichen JUGEND-REFERENTEN und der großartigen Vereinsförderung mit dem Hauptgewicht der Förderung der Jugendarbeit wird deutlich, **wo der Schwerpunkt der Kommunalpolitik in Rheinau liegt.**

Es macht allemal mehr Sinn, die Jugend zu begleiten, ihren richtigen Weg in die Zukunft zu finden, als später mehr Polizei einzusetzen.

Im Interesse der Effizienz und angesichts der Tatsache, dass dieser Bereich das Potential hat, weiter zu explodieren, sieht die Fraktion SPD / Freie Wähler absolut den Bedarf einer stärkeren Vernetzung:

Das ehrenamtliche Engagement muss gebündelt und mit den Aktivitäten in den Schulen und den Aktivitäten des hauptamtlichen Jugendreferenten flächendeckend für die Gesamtstadt sinnvoll vernetzt werden, damit es sich gegenseitig ergänzt.

Im **Stellenplan** sieht die Verwaltung vor, die vorübergehend und damals zeitlich befristete Stelle in eine Halbtagsstelle auszuweiten. Dies bedeutet eine weitere Ausgabe für den Verwaltungshalt. Wir haben dem Stellenplan nicht widersprochen, möchten allerdings die Realisierung unter den Vorbehalt stellen, dies mit dem Kreis wegen der Möglichkeit des Einsatzes eines Sozialarbeiters in den Schulen abzustimmen. Damit ergäbe sich vielleicht sogar die Möglichkeit, eines weiteren Zuschusses zu den Personalkosten.

Kritisch sehen wir auch die vom JUGENDGEMEINDERAT ohne vorherige Beteiligung des Gemeinderates beschlossene **FUNSPORTANLAGE**. Wir geben in schwierigen Zeiten dafür 50.000 EUR aus. **Der Standort hat gegenüber dem bisherigen sicherlich den Vorteil der besseren sozialen Kontrolle, dies ist ein stichhaltiges Argument.**

Er sei auch im Benehmen mit den Jugendlichen festgelegt worden. Erlauben Sie mir die Bemerkung: „Die Verlegung gerade von dieser Stelle weg erfolgte damals auch mit dem Einverständnis der Jugendlichen“. Für die Verlegung sprechen allerdings weitere Gründe, wie zum Beispiel **die städtebaulich sinnvollere Nutzung des bisherigen Areals**.

Allerdings fehlen uns für die Realisierung noch wesentliche Voraussetzungen. Dass die Verwaltung dies auch so sieht, zeigt die Tatsache, dass diese Position mit einem Sperrvermerk versehen werden soll. Vor einer Realisierung fordern wir **eine öffentliche Beratung im Gemeinderat** – speziell auch des Konzeptes und die Fragen der Betreuung. Daran sollten die Mitglieder des Jugendgemeinderates und Vertreter des Sportvereins Freistett teilnehmen

Für die **jungen Familien** brauchen wir gerade auch Hinblick auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung dringend weitere Baugrundstücke zu bezahlbaren Preisen. Die Einführung einer Kinderkomponente bei der Preisgestaltung muss dabei überlegt werden.

Bildung / Schulen / Kindergärten

Die Investitionen in das **Schulzentrum Freistett** sind – wie Bgm. Welsche dies formuliert – das herausragende Projekt im Finanzplanungszeitraum. Der Haushalt 2011 stellt eine weitere Tranche von **2,3 Mio. EUR** zur Verfügung. Diese Maßnahmen wurden bereits ausführlich diskutiert und in früheren Jahren beschlossen.

Im Kindergartenbereich baut die Stadt das Angebot der Kleinkindbetreuung aus. Ein erstes Angebot wurde in 2010 in Memprechtshofen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2011 werden mit 80.000 EUR in Holzhausen die Voraussetzung für eine weitere Gruppe geschaffen. Weitere Maßnahmen folgen in 2012 in Freistett. Dabei ist die Investition das kleinere Problem, es sind die Personalkosten, die uns so empfindlich schmerzen. Diese belaufen sich für jedes Kind auf fast 10.000 EUR im Jahr. Nach Abzug der Zuschüsse und des Elternbeitrages verbleibt hier eine große Deckungslücke. Bei zunehmender Nachfrage

nach diesem Angebot steigt auch das damit verbundene Defizit kontinuierlich und auch bedrohlich an.

Ab 2013 ist die Stadt verpflichtet - Frau von der Leyen lässt grüßen – für 33 % aller Kinder diesen Alters einen Betreuungs-Platz anzubieten.

Hier reklamiert der Städtetag auf neuhochdeutsch das **Konnexitätsprinzip**, das heißt, wer bestellt bezahlt!

Praktisch ist dies für mich so, wie wenn ein alleinverdienender Ehemann von seiner Frau jeden Tag auf dem Mittagstisch ein frisches Steak erwartet und ihr dann kein Haushaltsgeld gibt!“

Wie wir dies nennen – bleibt jedem selbst überlassen!

Schluss

Unter diesen Vorzeichen und mit diesen Bemerkungen werden die Mitglieder unserer Fraktion diesem Haushalt, ebenso wie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe Wasserversorgung , Abwasserbeseitigung, Photovoltaik und Friedwald sowie der Wohnungsbaugesellschaft zustimmen.

Dieser Haushalt offenbart noch eine ganze Reihe von ungelösten Aufgaben. Diesen Aufgaben werden wir uns sehr bald zu stellen haben. Deshalb möchte ich mit einem Zitat von Willi Brand schließen

„Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer!“